



Soziale Stadt

NUDRA

Kurzfassung

Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Vorbemerkung

Das Projekt NUDRA (**N**etzwerk zum **U**mgang mit **D**rogen- und **A**lkoholkonsum und den **B**egleiterscheinungen im öffentlichen Raum) setzt auf die Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur frühzeitigen Erkennung und Verminderung von Konfliktpotentialen im Umgang mit Drogen- und Alkoholkonsum im öffentlichen Raum. Dadurch wirkt das Projekt an der Zielerreichung mit, Diversität im öffentlichen Raum als Potenzial für die Verwirklichung der Voraussetzungen für eine lebenswerte Stadt anzuerkennen. Diesem Ziel folgend, wurde interdisziplinär gearbeitet, um Bezirksverwaltungen mit Hauptverwaltungen und Zivilgesellschaft zu vernetzen, das Ausmaß des Drogenkonsums wahrzunehmen und in Kartierungen zu erfassen, Probleme und Handlungsbedarfe zu identifizieren. Gleichzeitig wurde im Rahmen der aufsuchenden Drogen- und Suchthilfe sozialarbeiterisch interveniert und aus der Praxis heraus zur Minimierung der Diskriminierung von alkohol- und drogengebrauchenden Menschen beigetragen. Angesichts der geringen Anzahl der erfassten Datensätze über Alkoholkonsum und dessen Begleiterscheinungen im öffentlichen Raum wurde Alkoholkonsum nicht gesondert, sondern als mögliche Begleiterscheinung des Konsums illegaler Drogen und Opiat-Substitutionsbehandlung behandelt.

Die vorliegende Kurzfassung des Abschlussberichtes dient der Präsentation der Ergebnisse und der, in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (Landessuchtbeauftragte), der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und den Suchthilfekoordinationen der vier beteiligten Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Neukölln und Tempelhof-Schöneberg, formulierten Handlungsempfehlungen.

Die Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus ab März 2020 wirkten sich auf die Umsetzung der Arbeit des Projektes NUDRA aus, u.a. konnten im Zeitraum von März – August 2020 vorgesehene Netzwerkrunden nicht durchgeführt werden, auch die Veranstaltung zur Präsentation der Zwischenergebnisse und Abschlussveranstaltung mussten abgesagt werden. Im Rahmen einer Auftaktveranstaltung des Folgeprojektes NUDRA II werden die Ergebnisse des ersten Projektzeitraumes präsentiert.

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	3
Inhaltsverzeichnis	5
Abbildungsverzeichnis	6
Einleitung	7
Ausgangssituation	7
Ziele	9
DRUSEC	11
Kurzfassung der Ergebnisse	12
Handlungsempfehlungen	19
Übersicht NUDRA II	25
Literaturverzeichnis	26
Impressum	27

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: NUDRA Untersuchungsgebiete	10
Abbildung 2: Quellen der Datenerfassung	13
Abbildung 3: Kategorien der Datenerfassungsmaske	14
Abbildung 4.1: Überbezirkliche Netzwerke	16
Abbildung 4.2: Netzwerk im Fallstudiengebiet Mehringplatz (Friedrichshain-Kreuzberg)	16
Abbildung 4.3: Netzwerk im Fallstudiengebiet Osloer Straße (Mitte)	17
Abbildung 4.4: Netzwerk im Bezirk Neukölln	17
Abbildung 4.5: Netzwerk im Bezirk Tempelhof-Schöneberg	18

Einleitung

Die Prämisse von NUDRA ist, dass halböffentliche und öffentliche Stadträume immer Gegenstand unterschiedlicher Nutzungen und Vorstellungen sind. Zugleich sind Stadträume nicht frei von Machtstrukturen und Ungleichheit. Ihre Multifunktionalität führt zur Entstehung von Werten und Konflikten, deren Aushandlung die Grundvoraussetzung für eine lebendige Demokratie ist. Daraus ergibt sich unter anderem das Recht eines jeden Menschen, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten (Klaus, Jamin, Dichtl, 2019). Für die Mehrheit der Bürger*innen ermöglicht die Nutzung des öffentlichen Raums, ihren Freizeitaktivitäten nachzugehen. Sei es beim Sport oder beim gemeinsamen Treffen, beim Einkaufen oder beim Umzug von einem Ort zum anderen. Marginalisierte Menschen sind aufgrund ihrer Lebenssituation besonders auf den (halb)öffentlichen Raum angewiesen (Lehner-Oberndorfer, 2019). Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, bei der Betrachtung des Phänomens von Alkohol- und Drogenkonsum im öffentlichen Raum mehrere Faktoren und Phänomene zu berücksichtigen, wie beispielsweise städtebauliche Struktur, soziodemografische Lage, Gentrifizierung, unangemessener Wohnraum und Verdrängung, die Zuwanderung aus osteuropäischen Mitgliedstaaten und die Auswirkungen des EU-Bürger-Gesetzes¹ (2016).

Die Kurzversion des Abschlussberichtes des Netzwerkprojekts NUDRA gliedert sich in drei Abschnitte. Die Einleitung stellt die Ausgangssituation in den vier am Projekt beteiligten Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Neukölln und Tempelhof-Schöneberg vor, veranschaulicht die Beweggründe, die zu ihrer Beteiligung am Projekt geführt haben und kontextualisiert die Lage unter Berücksichtigung der oben aufgeführten Begleitfaktoren. Im Anschluss daran werden die Ziele und Handlungsfelder veranschaulicht. Die Stellung der drogengebrauchenden Menschen und ihrer Bedürfnisse werden durch die Ergebnisse der Zusammenarbeit mit dem Forschungsprojekt DRUSEC² erwähnt. Der zweite Abschnitt fasst die Ergebnisse des Aufbauprozesses vorgesehener Maßnahmen - Monitoringstelle, Interventionsgruppe, Netzwerkarbeit, Bürger*innendialogformate - und die entsprechenden Handlungsempfehlungen zusammen. Der Bericht schließt mit einer Übersicht der vorgesehenen Aufgaben für das Folgeprojekt NUDRA II.

Ausgangssituation

In diesem Abschnitt werden die Ausgangssituation, unter Berücksichtigung zugrundeliegender Faktoren, in den vier Bezirken und Hintergründe, die zum Projektvorhaben geführt haben, beschrieben.

Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass in den letzten Jahren eine verstärkte Verlagerung der Begleiterscheinungen des Konsums psychoaktiver Substanzen – vor allem von illegalen Drogen – in den öffentlichen Raum der vier Innenstadtbezirke Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Neukölln und Tempelhof-Schöneberg wahrgenommen und problematisiert wurde. Begleiterscheinungen wie Alkoholkonsum, Lärm, Verunreinigungen durch Fäkalien und Erbrochenes, Blutspritzer, benutzte Spritzbestecke auf Spielplätzen, an Bahndämmen, Grünstreifen etc. werden von der Bevölkerung zum Teil als erhebliche Beeinträchtigung empfunden und führen zu Beschwerden der Einwohnerschaft. Hinzu kommt die Unsicherheit im Umgang mit alkoholisierten oder unter Drogeneinfluss stehenden Menschen, die häufig

¹ „Gesetz zur Regelung von Ansprüchen ausländischer Personen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und in der Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch“

² <https://drusec.hypothesen.org/a-propos>

als bedrohlich wahrgenommen werden. Folglich kann die Sichtbarkeit des Konsums sowie die Unsicherheit von Anwohnenden und Gewerbetreibenden im Umgang mit drogengebrauchenden/alkoholkonsumierenden Menschen zu einer Verstärkung von Konflikten im öffentlichen Raum und zu einer Beeinträchtigung der Wohn- und Lebensqualität in diesen Gebieten führen.

In Friedrichshain-Kreuzberg sind insbesondere die QM-Gebiete³ rund um das Kottbusser Tor, den Mehringplatz, Moritzplatz und Wassertorplatz betroffen. In Mitte wurden die Stadtteile Moabit und Wedding entlang der U-Bahn Linien 8 und 9 sowie in Neukölln die Gegend rund um den U- und S-Bahnhof Neukölln gemeldet. Mindestens acht Gebiete im Aktionsraum⁴ Nord-Neukölln wurden als belastet identifiziert, weitere sechs werden beobachtet, da sich auch hier Auffälligkeiten zeigen, jedoch eher vereinzelt und an wechselnden Orten⁵. In Tempelhof-Schöneberg im QM-Gebiet Bülowstraße/ Wohnen am Kleistpark zählen der Kulmer Kiez um den U- und S-Bahnhof Yorckstraße (U7) und S-Bahnhof Großgörschenstraße (S1), der Bülowbogen (U2), dort insbesondere der Nelly-Sachs-Park, der Frobenkiez (U1), der Nollendorfplatz und umliegende Straßenzüge (U-Bahnlinsen 1,2,4), die Kurfürstenstraße (U1) und die Gegend rund um den Kleistpark (U7) zu den besonders belasteten Orten. Auch die Begleiterscheinungen wie z.B. Kriminalität und Straßenprostitution führen zu einer besonderen Belastung in einigen der genannten Gebiete, die darüber hinaus von der Polizei als kriminalitätsbelastete Orte (kbO)⁶ klassifiziert wurden.

Neben der Beobachtung und Einschätzung der mit dem Phänomen verbundenen Auswirkungen, ist das Vorhandensein einer Vielzahl von soziodemografischen Belastungen in den oben genannten Gebieten zu erwähnen, wie z.B. hohe Arbeitslosigkeit und Bezug von Transferleistungen, niedriger Sozialstrukturindex, hohe Zahl an Menschen mit Migrationshintergrund etc. Zu berücksichtigen sind auch strukturelle Veränderungen auf sozialer, wirtschaftlicher und städtebaulicher Ebene, die die Stadtentwicklung Berlins seit nunmehr fünfzehn Jahren noch immer beeinflussen. Dazu zählen z.B. die massive Zuwanderung zwischen 2007 und 2015 vorrangig aus osteuropäischen Ländern (+41 % in Deutschland) und die Beschränkung des Sozialhilfeanspruchs (Neuregelungsgesetz von 22.12.2016) (Werner, 2018), die zu prekären Lebensverhältnissen mancher Zuwander*innen geführt haben. Städtebaulich führen der Stadtumbau und Verkauf der Wohnbestände an private Investoren und der stetige Gentrifizierungsprozess zu einer Verknappung des Wohnraums, sowohl für die drogengebrauchenden bzw. süchtigen Menschen als auch für die Träger der Suchthilfe, deren Einrichtungen aufgrund auslaufender Mietverträge und höherer Mietpreise unter Bedrohung stehen. Nicht zu vergessen sind die Effekte der Vermarktung von Tourismus und Subkultur (Clubs und Partys), der Nachfrage und leichten Verfügbarkeit von Drogen, die das organisierte Verbrechen beim Verkauf von illegalen Substanzen stärken (Heine, 2019).

Der Mangel an allgemein anerkannten kriteriengestützten Verfahrensweisen zur Problem- bzw. Konfliktanalyse, mit denen die laufenden Prozesse beschrieben und analysiert werden können, sowie das Fehlen eines Verständnisses der Gesamtheit der dazu gehörigen sozialräumlichen Phänomene, die die Multifunktionalität des öffentlichen Raums charakterisieren (Wildner, Berger 2018), veranlasste den Berliner Senat, und insbesondere die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (SenGPG/ Landessuchtbeauftragte) in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (SenStadtWohn), das Projekt NUDRA (Fixpunkt gGmbH) ins Leben zu rufen. Die Besonderheit des Projektes bestand darin, dass eine ressortübergreifende Auseinandersetzung mit oben beschriebenen Phänomenen stattfand.

³ <https://www.quartiersmanagement-berlin.de/unser-programm/berliner-quartiersmanagement.html>

⁴ https://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/aktionsraeume_plus/index.shtml

⁵ Aufgrund der erreichten Stabilisierung einiger Gebiete werden die folgenden QM-Gebiete Ende 2020 aus der Sonderförderung entlassen: Mariannenplatz, Werner-Düttmann-Siedlung (Friedrichshain-Kreuzberg) Ackerstraße (Mitte), Körnerpark, Schillerpromenade, Lipschitzallee/ Gropiusstadt (Neukölln), Bülowstraße/Wohnen am Kleistpark (Tempelhof-Schöneberg).

⁶ <https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/fakten-hintergruende/artikel.597950.php>

Das zweijährige Projekt (03.09.2018 bis 31.08.2020) wurde durch die Europäische Union und das Land Berlin im Rahmen der Zukunftsinitiative Stadtteil II-EFRE, Programm Soziale Stadt gefördert. Der Einzugsbereich des Projektes NUDRA umfasste insbesondere Quartiersmanagementgebiete und Aktionsräume Plus (Förderkulisse der Zukunftsinitiative Stadtteil II) in den vier beteiligten Bezirken (Grafik 1). In Anbetracht der Komplexität des Phänomens, der Vielfalt der betroffenen Räume, der begrenzten Personalausstattung und der Vor-Ort-Anwesenheit von Straßensozialarbeiter*innen, die in verschiedenen Gebieten in den Bezirken tätig sind, wurde in Absprache mit der SenGPG und den Suchthilfekoordinationen der Bezirke beschlossen, vier Fallstudiengebiete für den Einsatz der Interventionsgruppe zu identifizieren: den Mehringplatz im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, die Osloer Straße rund um den U-Bahnhof in Mitte, den Anita-Berber-Park in Neukölln und den Nelly-Sachs-Park in Tempelhof-Schöneberg (Abb.1).

Das Projekt profitierte von einer Kooperation mit dem Landeskriminalamt (Städtebauliche Kriminalprävention, LKA 43) und dem ANR/BMBF-geförderten deutsch-französischen Forschungsprojekt DRUSEC.

Eine genaue Darstellung der Projektziele und Maßnahmen wird im folgenden Abschnitt gegeben.

Ziele

Übergeordnetes Ziel des Projektes ist die Verbesserung der Lebensqualität in den Quartieren durch eine frühzeitige Erkennung und Verminderung von Konfliktpotentialen. Die dazu gehörigen Ziele sind die Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung von drogengebrauchenden Menschen, die nachhaltige Entwicklung guter Nachbarschaften für einen besseren sozialen Zusammenhalt.

Für das Projekt wurden vier Meilensteine und folgende Maßnahmen zur Erreichung der Zielsetzungen vereinbart:

Ziel 1. Gewinn eines realistischen Überblicks über die Sucht- und Drogenproblematik und damit verbundene Raumnutzungskonflikte in den vier Bezirken

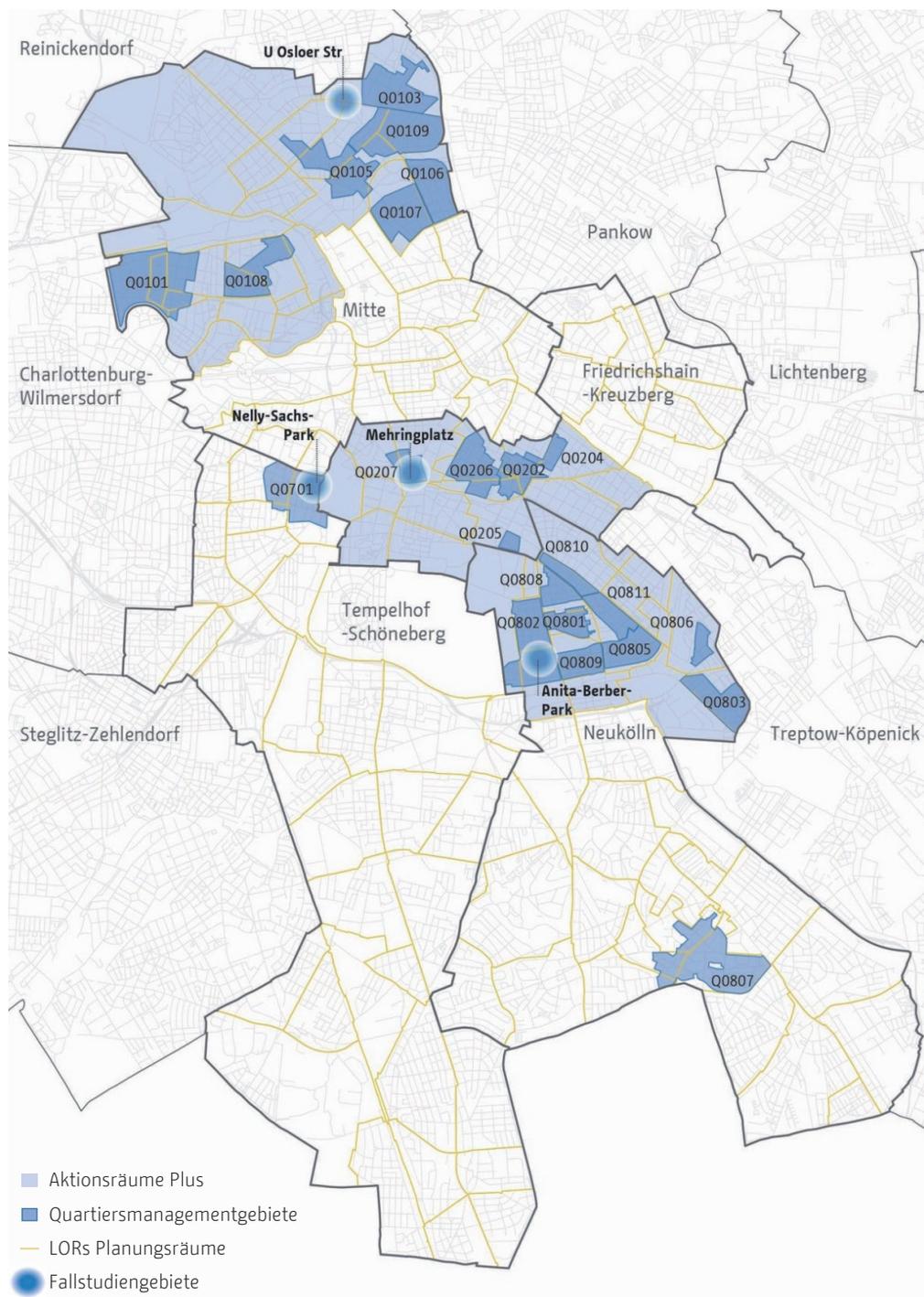
- **Maßnahme 1:** Der Aufbau einer verwaltungsinternen Monitoringstelle zur Erfassung und Dokumentation der Phänomene bzw. Probleme vor Ort (Mapping) soll dazu dienen, einen besseren räumlichen und quantitativen Überblick zu gewinnen.
- **Maßnahme 2:** Die Arbeit der Interventionsgruppe dient der Beobachtung und Beschreibung der Situation vor Ort sowie der Moderation von Konflikten zwischen unterschiedlichen Nutzer*innengruppen des öffentlichen Raums und der Kontaktaufnahme zu alkohol- und drogenkonsumierenden Menschen.

Die Zusammenführung der quantitativen und qualitativen Ergebnisse der Monitoringstelle und der Interventionsgruppe soll es ermöglichen, Informationen zu analysieren, zu bewerten und daraus konkrete Handlungskonzepte für Maßnahmen abzuleiten.

Ziel 2. Vernetzung der Bezirks- und Hauptverwaltung zur effizienteren Aufgabenbewältigung

- **Maßnahme 3:** Der Aufbau von Netzwerken auf bezirklicher und überbezirklicher Ebene sowie auf Landesebene unter Einbeziehung weiterer relevanter Kooperationspartner*innen - wie zum Beispiel Nachbarschaften, Gewerbetreibende, drogen- und alkoholkonsumierende Menschen vor Ort, freie Träger der Suchthilfe, Quartiermanagements und der Polizei - soll dazu beitragen, Verantwortlichkeiten

Abbildung 1: NUDRA Untersuchungsgebiete



festzulegen und die Vernetzung auf Verwaltungsebene zu verstärken, um Konfliktpotentiale schneller zu erkennen und für die Bevölkerung wahrnehmbar und sichtbar zu vermindern.

Ziel 3. Stärkung des sozialen Zusammenhalts und des subjektiven Sicherheitsgefühls der Menschen im Kiez

- **Maßnahme 4:** Bürger*innendialoge/Informationsveranstaltungen für Anwohner*innen, Gewerbetreibende und soziale Einrichtungen sollen zu einem besseren Verständnis für die Situation suchtkranker und/ oder obdachloser Menschen und zur Rücksichtnahme auf beiden Seiten führen.

Ziel 4. Handlungsleitfaden/Strategien zur Übertragbarkeit in weitere Bezirke

Der Handlungsleitfaden orientiert sich an den vereinbarten Maßnahmen zur Erreichung der Projektziele, um ein gutes Miteinander in Bezug auf Alkohol- und Drogenkonsum und dessen Begleiterscheinungen im öffentlichen Raum zu unterstützen. Damit wird der Notwendigkeit entsprochen, übertragbare strategische Vorgehensweisen und Interventionen zu formulieren, die stadtweit angewendet werden können.

DRUSEC

Im Rahmen der Kooperation mit dem Forschungsprojekt DRUSEC wurden Expert*inneninterviews, Interviews mit drogenkonsumierenden Menschen und zwei einwöchige partizipative Workshops in Berlin und anderen deutschen und französischen Städten erprobt. Einerseits wurden die Emotionen der Drogenkonsumierenden in Bezug auf ihre gelebten Räume erforscht; andererseits wurden gemeinsam Karten zu fünf verschiedenen Themenbereichen entwickelt (städtische Wohnungs-, Drogen-, Gesundheits-, Mobilitäts- und Sicherheitspolitik in Berlin). Ziel war es, Probleme und Herausforderungen der drogenkonsumierenden Menschen im öffentlichen Raum zu erkennen und stadtplanerische Lösungsansätze zu finden. Die Kontakt- und Beratungsstelle mit integriertem Drogenkonsumraum Druckausgleich der Fixpunkt gGmbH im Bezirk Neukölln, der Frauentreff Olga (Notdienst für Suchtmittelgefährdete und – abhängige Berlin e.V.) in Tempelhof-Schöneberg und der Frauenladen (FrauSuchtZukunft e.V.) in Wedding haben ebenfalls an den Workshops mitgearbeitet.

Die Ergebnisse der zwei Workshops können unter dem folgenden Link eingesehen werden: <https://drusec.hypotheses.org/1379>. Die Ergebnisse der gesamten Forschungskoope-ration sind im Rahmen einer Online Ausstellung⁷ zusammengefasst. Die Ergebnisse zeigen, dass sich Betroffene ihrer Lebensbedingungen und ihrer Fähigkeit, Verbesserungsbedürfnisse zu äußern, bewusst sind. Sie unterstreichen das Anrecht marginalisierter Menschen, an der Planung von Maßnahmen, die sie direkt betreffen, beteiligt zu werden und an der öffentlichen Debatte teilzunehmen.

⁷ <https://drogenalternativeplanung.wordpress.com/>

Kurzfassung der Ergebnisse

In diesem Abschnitt werden die erreichten Ergebnisse in den vier Handlungsfeldern im Hinblick auf die Verwirklichung der jeweiligen Ziele zusammengefasst.

1 Monitoring

- Durch eine Bestandsaufnahme und Analyse wurde das Ziel erreicht, eine raumbezogene Übersicht des Phänomens zu erhalten und Schwerpunkte für praxisorientierte Maßnahmen zu identifizieren und begründen. Der Prozess der quantitativen und qualitativen Datenerhebung für die Jahre 2018 und 2019 hat mehrere Komplexitäten gezeigt. So konnte im Verlauf der Bestandsaufnahme festgestellt werden, dass das vom Projekt NUDRA entwickelte Instrument der Datenerfassungsmaske für die bezirkliche Verwaltung zu komplex und zeitintensiv ist (Abb.2-3). Um einen fortlaufenden Monitoringprozess gestalten zu können, bedarf es eines einfacheren und zentralisierteren Instruments zur Datenerfassung und Visualisierung.
- Zur Einrichtung einer verwaltungsinternen Monitoringstelle ist zunächst die Schaffung einer eigenen Stelle innerhalb der Bezirke oder auf Landesebene erforderlich. Deren Aufgabe ist die Erfassung und Verarbeitung der Daten sowie eine überbezirkliche Steuerung und Koordination.
- Der Prozess der kartografischen Datendarstellung durch georeferenzierte Systeme setzt technische Kenntnisse voraus: Es empfiehlt sich, diese Aufgabe bei den Bezirksdatenmanager*innen bzw. bei der Organisationseinheit Sozialraumorientierte Planungscoordination (OE SPK) anzusiedeln.

2 Intervention

- Die Vor-Ort-Arbeit in den Fallstudiengebieten ermöglichte es, alkohol- und drogengebrauchenden Menschen vor Ort zu helfen und zu beraten, zivilgesellschaftliche Akteur*innen aufzuklären und zu unterstützen sowie Konflikte zu verstehen und zu minimieren.
- Obwohl sich jede Fallstudie hinsichtlich der Raumgestaltung, der Vielfalt und Heterogenität der Raumnutzenden und beteiligten Akteur*innen unterscheidet, konnte festgestellt werden, dass in den meisten Fällen eine Stigmatisierung marginalisierter Menschen vorliegt. Diesem Personenkreis wird die Ursache der unmittelbar beobachtbaren Probleme zugeschrieben, was zunächst einer faktischen Überprüfung bedarf. Andere Faktoren politischen, sozialen und räumlichen Ursprungs, die den beobachtbaren Konflikten zugrunde liegen, bleiben dabei häufig verborgen. Der Umstand, dass ein bestimmter Sozialraum anderen bedürftigeren Nutzer*innen auch aufgrund mangelnder Alternativen wie eigenem Wohnraum eine Schutz- und Aufenthaltsmöglichkeit bietet, die sie ansonsten nicht haben, bleibt in den Betrachtungen außen vor.

Abbildung 2: Quellen der Datenerfassung

Überbezirklich			
LABO Berlin		Mai – Dez 2019 monatlich	Auswertung der Kategorie Konsumutensilien (z.B. Spritze) in das Meldesystem der Ordnungsämter Berlin
Bezirklich			
Neukölln	Statistik Fixpunkt gGmbH- Straßensozialarbeit Suchthilfekoordination	Jan 2018 – Dez 2019 monatlich	Gesammelte Konsumrückstände und Raumnutzungskonflikte
	Statistik Fixpunkt gGmbH- IdeFix Statistik Spielplatzkolonne Meldungen Ordnungsamt	Jan 2018 – Dez 2019 monatlich	Gesammelte Konsumrückstände
	Meldungen SGA Meldungen Polizei	Einzelfälle	Gesammelte Konsumrückstände
Friedrichshain- Kreuzberg	Statistik Fixpunkt gGmbH- IdeFix	Jan 2018 – Dez 2019 monatlich	Gesammelte Konsumrückstände
	Keine systematische Erfassung erfolgt	Einzelfälle	Raumnutzungskonflikte
Mitte	Statistik Fixpunkt e.V.- Straßensozialarbeit und Entsorgungsprojekte Statistik Fixpunkt gGmbH- IdeFix	Jan 2018 – Dez 2019 monatlich	Gesammelte Konsumrückstände
	Kontaktstelle Leopoldplatz Fixpunkt e.V.	Jan 2018 – Dez 2019 monatlich	Raumnutzungskonflikte
	Suchthilfekoordination	Einzelfälle	Gesammelte Konsumrückstände und Raumnutzungskonflikte
Tempelhof- Schöneberg	Statistik Fixpunkt gGmbH- IdeFix	Einzelfälle 2019	Gesammelte Konsumrückstände
	Statistik Fixpunkt e.V.- Straßensozialarbeit	Mär – Dez 2019 monatlich	Gesammelte Konsumrückstände und Raumnutzungskonflikte
	Suchthilfekoordination	Jan 2018 – Dez 2019 monatlich	Gesammelte Konsumrückstände und Raumnutzungskonflikte
Weitere			
LKA		Jan 2018 – Dez 2019 zweijährig	Fallzahlen zum Besitz und Handel von Btm (Heroin, Kokain einschl. Crack, Cannabis)
BVG		Jan 2018 – Dez 2019 jährlich	Fallzahlen von Rauschgiftdelik- ten /Handel in Berliner U-Bahn- höfe
SenGPG		Nov 2019	Wegweiser Suchthilfe und -Prävention

Abbildung 3: Kategorien der Datenerfassungsmaske

Planerische Zuordnung

Quartiersmanagement Gebietsnummer
 Aktionsraum Nummer
 Planungsraum Nummer

Datum

Jahr 2018
 Jahr 2019
 Jahr 2020

Meldung

Art der Meldung (Wie?)	Telefon, E-Mail, Brief, tabellarisch, Fax, persönlich
Einzelne Quelle (Wer?)	Quartiersmanagementgebiet (Büro/Bezirk), Amt für Soziales, Gesundheitsamt, Jugendamt / Präventiver Jugendschutz, Suchthilfekoordination, Straßen- und Grünflächenamt, Ordnungsamt, Spielplatzkolonne (SGA Neukölln), Friedhofsverwaltungen, Kita, Schule, Jugendeinrichtung, Privatperson, Gewerbetreibende, Fixpunkt, nicht staatliche Organisation (soziale Einrichtung), Sonstige Einrichtung (VHS, Einrichtung für Senior*innen, Pflegeeinrichtungen), BVG, DB, BSR, Medien, Sonstiges
Adressat der Meldung (An wen?)	Quartiersmanagementgebiet (Büro/Bezirk), Amt für Soziales, Gesundheitsamt, Jugendamt / Präventiver Jugendschutz, Suchthilfekoordination, Straßen- und Grünflächenamt, Ordnungsamt, Spielplatzkolonne (SGA Neukölln), Fixpunkt, Polizei, BVG, DB, BSR, Sonstiges
Grund der Meldung	Drogenkonsum (illegale Substanzen), Aufenthalt, Alkoholkonsum, Menschen ohne Obdach, Unrat, Vermüllung, Alkoholkonsum (Jugend), Drogenkonsum (kiffende Jugend), Drogenutensilien (z.B. Spritze, LABO 2019), Drogenhandel (Vermutung / polizeiliche Ermittlung)
Raumtypologie (Wo?)	Parkanlage, Grünanlage, Waldähnliche oder naturnahe Fläche, Spielplatz, Friedhof/Kirchhof, Frei-/Brachfläche, Platz, Straße, Parkhaus in/außer Betrieb, Parkplatz, öffentliche Toilette, S-/U-Bahnhof, Kita-/Schulgelände, Wohnhaus Treppenbereich, Wohnhaus Außenbereich/Spielplatz, Sonstiges

Konsumrückstände / Verunreinigungen

Utensilien (genaue Anzahl)	
Utensilien (Intervall)	< 5 ; < 11 ; 11 - 20 ; 21 - 40 ; > 40 ; mehrere
Andere	Aluminiumfolien mit Konsumrückständen, Fäkalien, Alkoholflasche (zerbrochen), Sonstiges
Spritze mit aufgesetzter geschützter Nadel	
Spritze ohne Nadel	
Spritze mit aufgesetzter offener Nadel	

3 Netzwerkarbeit

- Im Rahmen der Netzwerkarbeit hat der Aufbau bzw. die Erweiterung von bestehenden Gremien eine verbesserte Kommunikation zwischen Bezirks- und Senatsverwaltungen und einen regelmäßigen Austausch an der Schnittstelle von Kompetenzen und Zuständigkeiten zwischen Verwaltung, Behörden und weiteren bezirklichen Akteur*innen ermöglicht (Abb.4.1-4.5).
- Die Einbeziehung weiterer Akteur*innen wie der Berliner Stadtreinigung (BSR/ Pilotprojekt für die Bewirtschaftung der Entsorgungsbehältnisse in Tempelhof-Schöneberg) und dem Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO/ Erhebung und Aufwertung von Meldungen über Spritzenfunde stadtweit) ist gelungen. Zudem wurden weitere Maßnahmen, die der verbesserten Kooperation dienen, initiiert wie Jours fixes, an denen die bezirklichen Suchthilfekoordinationen, die SenGPG (Landessuchtbeauftragte) und die NUDRA-Leitung teilnahmen. Dennoch ergibt sich die Notwendigkeit, weitere wichtige städtische Akteur*innen wie die Berliner Verkehrsbetriebe und die Deutsche Bahn (Drogengebrauch und Obdachlosigkeit im Umfeld von/ in U- und S-Bahnhöfen), Wall (Nutzung und Bereitstellung von öffentlichen Toiletten) und vor allem die Senatsverwaltung Integration, Arbeit und Soziales (das Phänomen der Wohnungs- und Obdachlosigkeit tritt in allen Konflikträumen flankierend auf) auf Bezirks- und Landesebene einzubeziehen.
- Schließlich zeigt die in Kooperation mit dem Forschungsprojekt DRUSEC (Drug use and urban security) geleistete Arbeit, dass die derzeitige Struktur der Suchthilfe marginalisierte Menschen nicht ausreichend erreicht. Die Ergebnisse aus rund 80 Einzelinterviews und Fokusgruppen (Emotional Mapping und kritische Kartierungsworkshops) zeigen, dass sich Betroffene ihrer Lebensbedingungen und ihrer Fähigkeit, Verbesserungsbedürfnisse zu äußern, bewusst sind und unterstreichen das Anrecht marginalisierter Menschen, an der Planung von Maßnahmen, die sie direkt betreffen, zu beteiligen und der öffentlichen Debatte teilzunehmen.

4 Öffentlichkeitsarbeit

- Das Herausarbeiten von konfliktbegünstigenden Faktoren innerhalb eines Quartiers und die in der Folge notwendige Informations- und Vermittlungsarbeit erfordern eine sorgfältige Beobachtung des „belasteten“ Raums, um festzustellen, ob das Hauptproblem durch Alkohol- und Drogenkonsum verursacht wird und welche Interventionsform im konkreten Fall zweckdienlich ist. Die von der Interventionsgruppe geleistete Arbeit sowohl während der Begehungen in den Fallstudiengebieten als auch in der Gestaltung und Durchführung von Informationsveranstaltungen hat gezeigt, dass Aufklärung für die breite Gesellschaft und die alkohol- und drogenkonsumierenden Menschen möglich und hilfreich ist, um einerseits die Lebenswelten marginalisierter Menschen und andererseits die Struktur des Hilfesystems in Berlin bekannt und verständlich zu machen.

Abbildung 4.1: Überbezirkliche Netzwerke

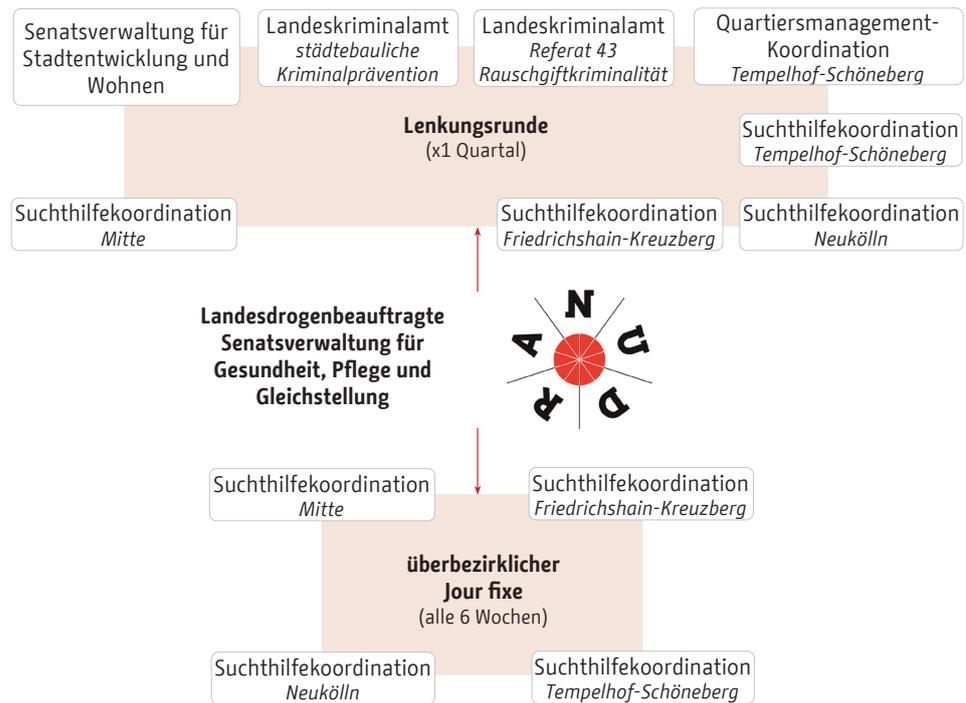


Abbildung 4.2: Netzwerk im Fallstudiengebiet Mehringplatz (Friedrichshain-Kreuzberg)

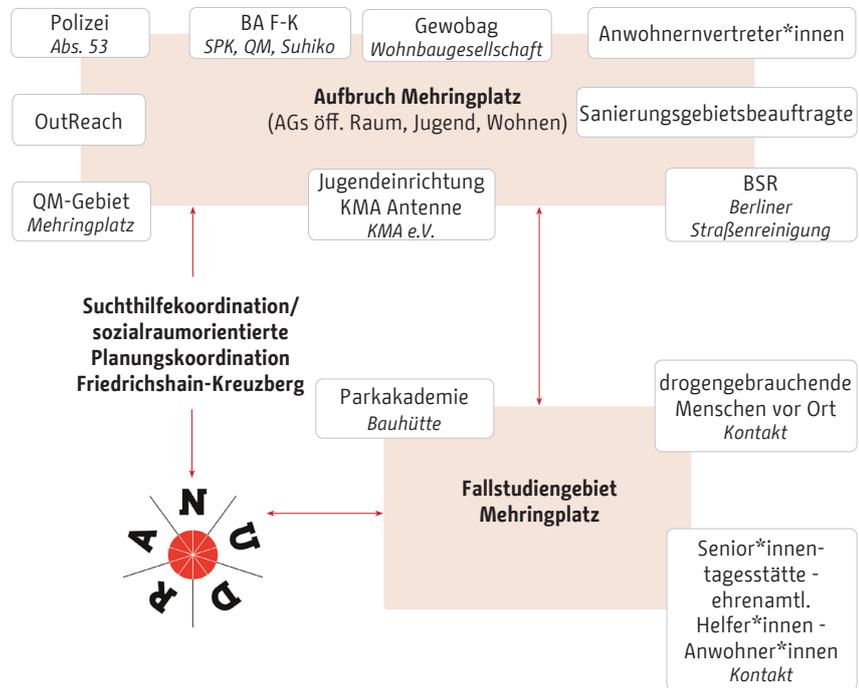


Abbildung 4.3: Netzwerk im Fallstudiengebiet Osloer Straße (Mitte)

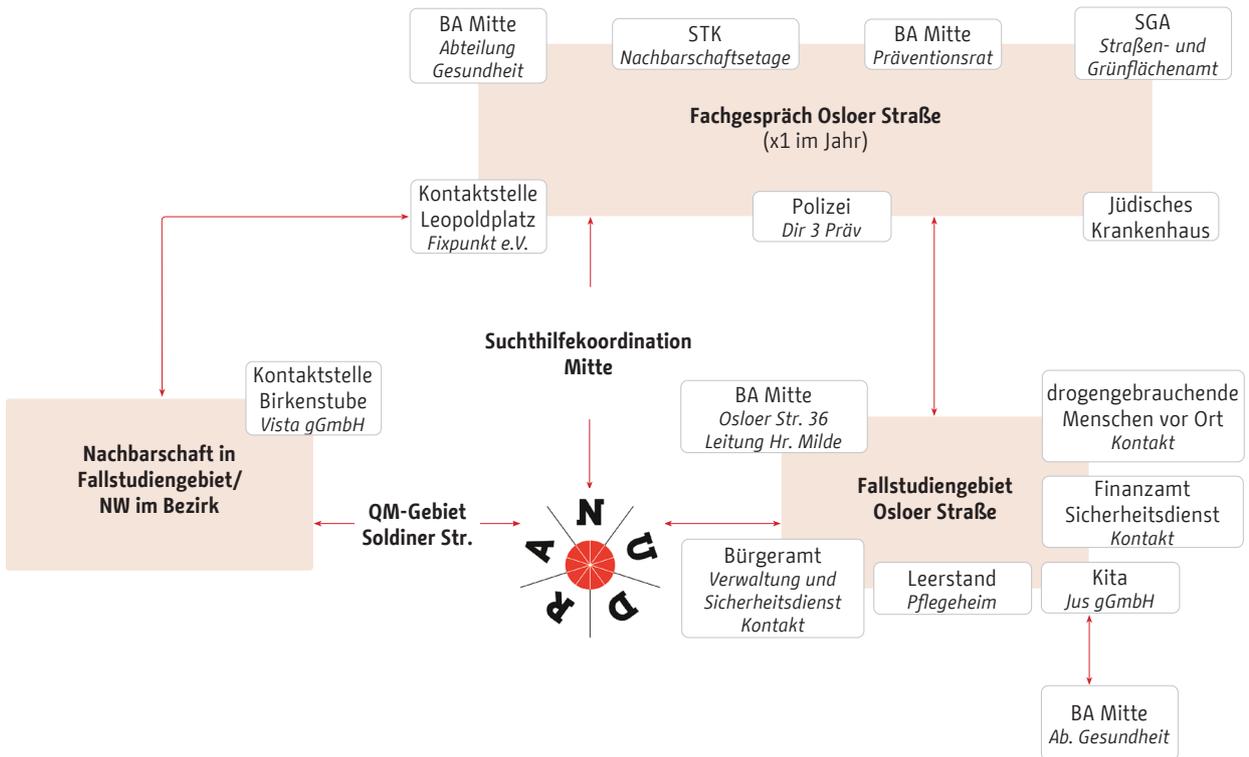


Abbildung 4.4: Netzwerk im Bezirk Neukölln

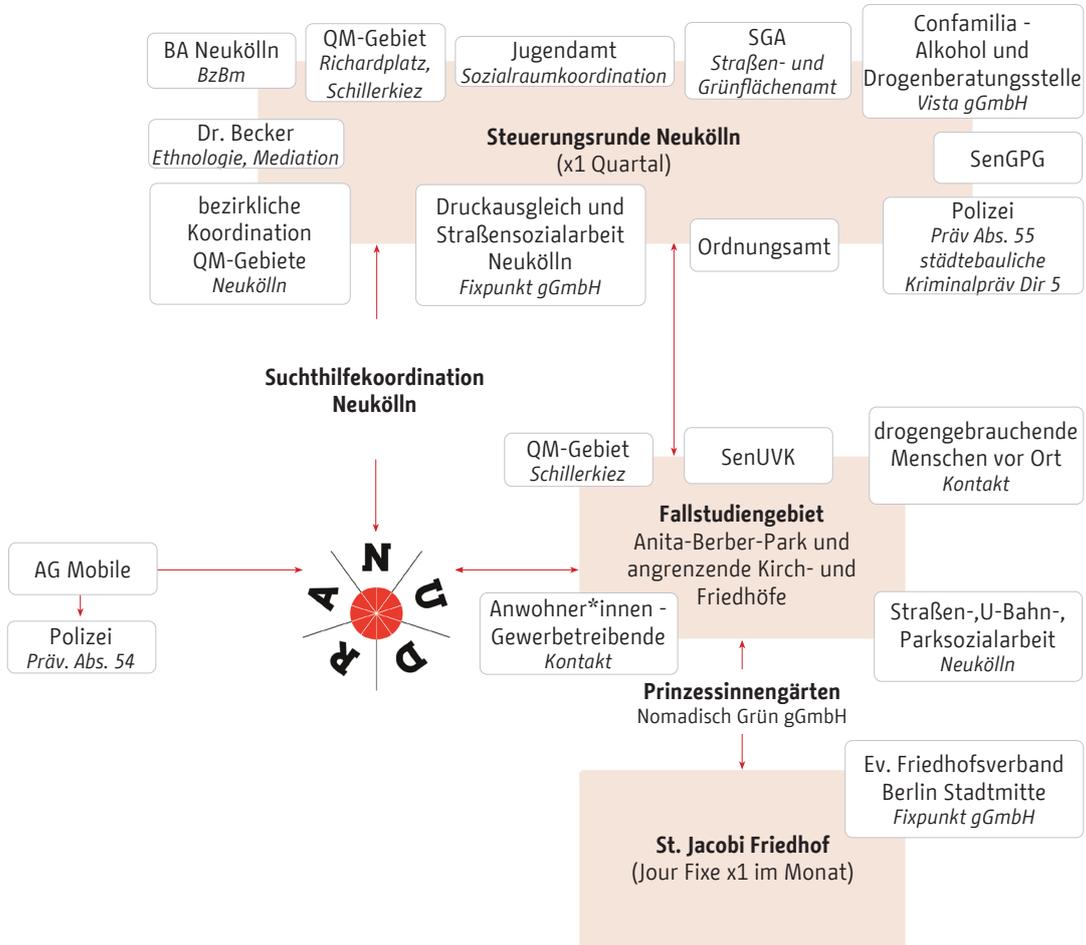
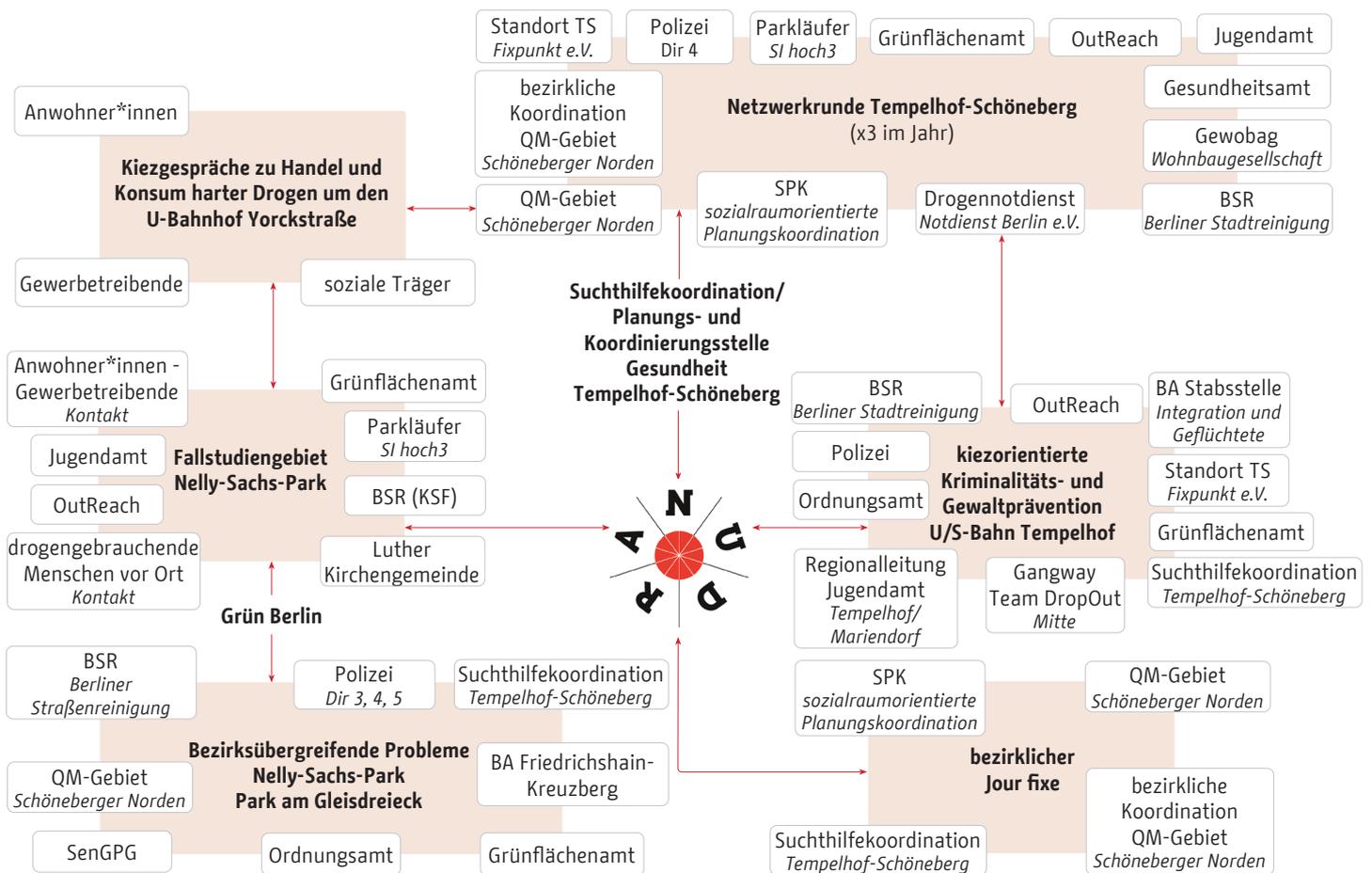


Abbildung 4.5: Netzwerk im Bezirk Tempelhof-Schöneberg



Zusammenfassend zeigen die Ergebnisse, dass eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Stadtforschung mit Sozialwissenschaften nötig ist, um ein komplexes Phänomen wie Alkohol- und Drogenkonsum im öffentlichen Raum und dessen Begleiterscheinungen in Angriff zu nehmen.

Glossar zu den Abbildungen 4.1- 4.5

A		S	
Ab.	Abteilung	SenGPG	Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
Abs.	Abschnitt	SenStadtWohn	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
B		SenUVK	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
BA-FK	Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg	SGA	Straßen- und Grünflächenamt
BzBm	Büro des Bezirksbürgermeister	SPK	Sozialraumorientierte Planungs- und Koordinierungsstelle
D		Standort TS	Standort Tempelhof-Schöneberg
Dir.	Direktion	STK	Stadtteilkoordination
P		Suhiko	Suchthilfekoordination
Präv.	Prävention		
Q			
QM	Quartiersmanagement		

Handlungsempfehlungen

Die Handlungsempfehlungen sind das Ergebnis eines Prozesses der kritischen Auseinandersetzung mit den anhaltenden und entstehenden Konflikten im öffentlichen Raum, der als Ort des Aufeinandertreffens von Menschen, Nutzungen und Meinungen zu betrachten ist. Anhand der Ergebnisse der quantitativen und qualitativen Datenanalyse, der Vor-Ort-Arbeit in den Fallstudiengebieten von vier innenstädtischen Berliner Bezirken und der Teilhabe einiger an das Suchthilfesystem angebundener drogengebrauchender Menschen wurde in vier Handlungsfeldern gearbeitet. Die entsprechenden Handlungsempfehlungen zu Monitoring, Intervention, Netzwerkarbeit sowie Öffentlichkeitsarbeit werden im Folgenden zusammengefasst. Sie sollen vor allem die Berliner Verwaltung auf Senats- und Bezirksebene bei der Bewältigung der auf Alkohol- und Drogenkonsum bezogenen Konflikte in halbböfentlichen und öffentlichen Räumen unterstützen.

Monitoring

Meldesystem

- **Es ist notwendig, die Vereinheitlichung des Meldeverfahrens** zu Konsumutensilien und Raumnutzungskonflikten **durch die bereits verfügbaren Online-Ressourcen** des Landes Berlin (Ordnungsamt-App oder ähnliches) **und die Einbindung der bezirklichen Suchthilfekoordinationen anzustreben.**
- Es ist erforderlich, **Zuständigkeiten und Aufgaben bezüglich der Abfallentsorgung im öffentlichen Raum innerhalb der zuständigen Bezirksabteilungen (Ordnungsämter, Straßen- und Grünflächenämter, Reinigungskräfte) zu klären, festzulegen und zuzuweisen** und die verantwortlichen Ämter an der Datenerfassung zu beteiligen.
- Die Mitnutzung und Weiterentwicklung eines **einfach und zeitsparend zu bedienen, zentral verwalteten Instruments zur Datenerfassung** (Textinformationen, Zahlen) **ist empfehlenswert.** Mit einem Ad-hoc-Tool, wie z.B. der App bzw. dem Online-Meldeportal des Ordnungsamtes, das von allen Menschen mit Zugang zu einem elektronischen Endgerät wie Smartphone oder Tablet leicht und intuitiv benutzt werden kann, ist eine sofortige Eingabe der Meldung möglich und beschleunigt und erleichtert einen ständigen Monitoring-Prozess.
- **Zur Erleichterung und Verbesserung der Datenerfassung vor Ort ist die Verwendung von mobilen elektronischen Endgeräten zu empfehlen.** Sowohl Mitarbeitende der im öffentlichen Raum tätigen Bezirksabteilungen als auch die Projekte von sozialen Trägern sollten mit Smartphones oder Tablets ausgestattet werden.
- **Die Analyse der gesammelten Daten auf Bezirksebene sollte bei der Sozialraumorientierten Planungskoordination (SPK) angesiedelt sein. Hierfür sind zusätzliche personelle Ressourcen bereitzustellen.** Die SPKs sind am Berliner Planungssystem angedockt und für die Verarbeitung und Kartierung der soziodemographischen Daten je Planungsraum zuständig. Das dort verfügbare technische Wissen über georeferenzierte Systeme ist notwendig, um die Informationen mittels Kartierungen verarbeiten und örtliche Schwerpunkte identifizieren zu können. Die sozialräumliche Analyse der Daten liegt in der Verantwortung der einzelnen Bezirke. Der Umfang der

Analysen hängt von den internen Ressourcen und Handlungsprioritäten ab.

- **Die Steuerung des Verfahrens und die Sortierung der Meldungen in den Bezirken sollte durch die SPKs mit Einbindung der Suchthilfekoordinationen im Bezirk erfolgen.** Die zentralisierte Katalogisierung der Daten zum Drogenkonsum im öffentlichen Raum erleichtert den bezirklichen Suchthilfekoordinationen die Planung und Steuerung der entsprechenden Maßnahmen im Bezirk. Die **zentral eingereichten, gesammelten und erfassten Meldungen** werden von den Suchthilfekoordinationen bei Bedarf an weitere zuständige Stellen wie bspw. Ordnungsamt, Straßen- und Grünflächenamt weitergeleitet.
- Es ist notwendig, eine **überbezirkliche Steuerungs- und Koordinationsstelle** zu schaffen, um ein fortlaufendes Monitoring gewährleisten zu können.

Entsorgung

Da **Spritzen und andere Konsumrückstände als Abfall zu betrachten** sind, sollen Entsorgungsunternehmen zielgerichtet informiert werden und Raumzuständigkeiten identifiziert und geklärt werden:

- Für private Räume mit halb/-öffentlicher Nutzung der Außenanlagen wie in Wohn- und Geschäftshäusern, Gewerbegebieten, Bildungs- und sozialen Einrichtungen (z.B. Schulen und Kitas) muss der private oder öffentliche Eigentümer dafür sorgen, dass Außenbereiche und Treppenhäuser sauber bleiben.
- Zwecks öffentlicher Nutzung zugängliche und bewirtschaftete Orte wie öffentliche Toiletten, Parkhäuser, -plätze und Friedhöfe, U- und S-Bahnhöfe müssen ebenfalls im Auftrag des Eigentümers sauber gehalten werden.
- Öffentliche Räume wie Straßenland, Grün- und Parkanlagen, Spielplätze müssen durch das zuständige bezirkliche Straßen- und Grünflächenamt, die Berliner Stadtreinigung als landeseigenes Unternehmen oder durch beauftragte Dienstleister regelmäßig gepflegt und gesäubert werden.

Ausbau der Suchthilfe

- **Auf der strategischen Ebene sollten mehr Angebote in der niedrigschwelligen Hilfe geschaffen werden.** Dazu zählen Drogenkonsumräume, Zugang zu Toiletten, Waschmöglichkeiten, Kleidung, Ernährung und Tagesaufenthalt sowie Unterstützung beim Zugang zu Drogenberatungsstellen, zur medizinischen Versorgung, Übernachtungs- und Wohnmöglichkeiten und Arbeit bzw. Beschäftigung.
- Ratsam ist die **Erprobung eines Beteiligungsformats**, um eine Partizipation drogenkonsumierender Menschen in prekären Lebenslagen als Bürger*innen in dem Entscheidungsprozess über die Planung weiterer Maßnahmen der Suchthilfe mitwirken zu lassen.

Intervention

Ausstattung des öffentlichen Raums

- Es ist notwendig, dass halb- und öffentliche Räume über eine **ausreichende Anzahl an Müllentsorgungsbehältnissen** verfügen, damit Verunreinigungen durch ständige Verschmutzungen verringert werden. Durch die jeweils Verantwortlichen (Haus-

eigentümer, Hausverwaltung, Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Straßen- und Grünflächenämter) sollte geprüft werden, ob die Anzahl der Müllentsorgungsbehältnisse ausreichend ist und ob ggf. zusätzliche installiert werden müssen oder Positionswechsel hilfreich sind.

- **Halb- und öffentliche Räume (inkl. Konsumorte) sollten regelmäßig** in einem angemessenen Zyklus **gereinigt werden**, sodass Folgeverunreinigungen vermieden werden. Für halb- und öffentliche Räume sollte durch die jeweils Verantwortlichen (Hauseigentümer, Hausverwaltung, Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Straßen- und Grünflächenämter) eine regelmäßige Reinigung sichergestellt werden. Die Frequenz der Reinigung ist entsprechend der Bedingungen zu prüfen und anzupassen.
- Es ist erforderlich, **an konsumbelasteten Orten spezielle Spritzenabwurfbehälter und Müllentsorgungsbehältnisse für „normalen“ Abfall zur Verfügung zu stellen**, um Verunreinigung durch gebrauchte Nadeln und Spritzen sowie Verpackungsmüll von Konsumutensilien zu minimieren.
- **Die besonders stark zum Drogenkonsum genutzten öffentlich zugänglichen Orte sollten regelmäßig überprüft und nach Bedarf gepflegt werden**, da das Aufstellen von Spritzen- und Müllentsorgungsbehältern allein nicht ausreicht.
- Es ist notwendig, **die Umfeld-Pflege von den jeweils für den Ort Verantwortlichen durchführen zu lassen bzw. in Auftrag, bspw. der Berliner Straßenreinigung (BSR), zu geben.**

Raumnutzungskonflikte und Konfliktmoderation

- Es ist erforderlich, **für Erwachsene in prekären Lebensverhältnissen Aufenthaltsbereiche im öffentlichen Raum bereitzuhalten, die auf ihre Bedürfnisse und Aktivitäten ausgerichtet sind. Sie müssen demnach mindestens mit Sitzgelegenheiten und Wetterschutz ausgestattet und gut einsehbar sein.** Es ist darauf zu achten, dass eine architektonische oder (polizeilich-)kontrollbasierte Veränderung des Raumes nicht dazu führt, dass o.g. Personengruppen auf andere Orte ausweichen, die für andere Zielgruppen und Nutzungszwecke gedacht sind, z. B. für Kinder und Familien. Hierzu zählen insbesondere Spielplätze, aber auch Teilbereiche von Grünanlagen oder Sportplätze.
- **Es müssen Austausch- und Sensibilisierungsmöglichkeiten geschaffen werden**, um bei allen Nutzenden öffentlicher Räume ein gegenseitiges Verständnis für unterschiedliche Nutzungsbedürfnisse und Lebenslagen zu fördern. Besonderes Augenmerk sollte daraufgelegt werden, ein Verständnis für die prekäre Situation marginalisierter Menschen und bei den von Obdachlosigkeit Betroffenen und Drogengebrauchenden aufzubauen.
- **Notwendig sind der persönliche Kontaktaufbau und die Kontaktpflege der Beziehungen mit unterschiedlichen Menschen und Akteur*innen vor Ort**, so dass u.a. Raumnutzungsangebote für die unterschiedlichen Nutzer*innengruppen entstehen. Die Nutzer*innen müssen mit in die Verantwortung genommen und eingebunden werden. Dies beugt Verwahrlosungstendenzen vor und trägt dazu bei, den Raum für alle sinnvoll nutzbar zu machen (z.B. in Parkanlagen oder auf öffentlichen Plätzen).
- **Der regelmäßige Einsatz oder die bedarfsentsprechend kurzfristig mögliche Inanspruchnahme von Streetwork-Teams, Fairplay-Teams, Konfliktlotsen oder auch ein**

regelmäßiges Interventionsteam sind zu gewährleisten. Seitens der Senatsverwaltungen und der Bezirke müssen dafür Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Netzwerkarbeit

Lenkungsrunde bei SenGPG

- Die Vielzahl obdachloser oder von Obdachlosigkeit bedrohter Menschen und Zuwander*innen in prekären Lebensverhältnissen, wie bspw. aus EU-Ländern macht die **Einbindung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) notwendig.**
- Daneben ist die **Beteiligung der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (SenUVK) angezeigt.** Dieser obliegt die Verantwortung für die öffentlichen Toiletten, welche drogengebrauchenden Menschen häufig als Konsumorte dienen, was zu Nutzungskonflikten führt. Ausgleichsflächen wie bspw. der Anita-Berber-Park im Bezirk Neukölln fallen in die Zuständigkeit der SenUVK und sind konfliktbelastete Orte für die ein Vorgehen insbesondere zwischen der SenUVK und dem jeweiligen Bezirk abgestimmt werden muss.
- Hinsichtlich der Entsorgung von Konsumutensilien und Müll im Allgemeinen wird die **Teilnahme der BSR an der Lenkungsrunde** empfohlen.
- Ebenfalls unabdinglich ist die **Einbeziehung der Deutschen Bahn (DB) und der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)** um Konfliktlösungen für Bahnhöfe bzw. Bahnsteige zu erarbeiten und damit einer Verlagerung von Konsumbelastungen in umliegende Gebiete durch repressive Maßnahmen in Bahnhöfen bzw. auf Bahnsteigen vorzubeugen.

Jour fixe bei SenGPG

- **Es ist notwendig, die Jours fixes fortzuführen,** um den regelmäßigen Austausch und die Abstimmung geeigneter Maßnahmen zwischen der SenGPG, dem Projekt NUDRA und den bezirklichen Suchthilfekoordinatoren sicherzustellen. **Das Gremium Jour fixe sollte um die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (SenStadtWohn) erweitert werden.** Diese Senatsverwaltung kann ihre Expertise aus dem Monitoring Soziale Stadtentwicklung u. a. bezüglich der Einrichtung und Anwendung der technischen Infrastruktur für das Drogenkonsum-spezifische Monitoring einbringen.

Bezirkliche Netzwerkrunde

- Es ist erforderlich, in allen Bezirken **übergeordnete bezirkliche Steuerungsrounden** zu installieren, die darauf ausgerichtet sind, konkrete bezirkliche Maßnahmen mit den verschiedenen im öffentlichen Raum tätigen Bezirksabteilungen, der Polizei und mit Trägern von Jugendarbeit, Sucht- und Wohnungslosenhilfe, abzustimmen. Diese Steuerungsrounden sollten speziell dem Zweck der Prozesssteuerung auf Bezirksebene dienen. Es gilt, den Überblick über die Situation zu behalten, lokalspezifische Handlungsziele zu formulieren, Aufgaben zu priorisieren, die Ressourcen und Zuständigkeiten mit den im Bezirk tätigen Stellen und freien Trägern abzustimmen, den Prozess zu evaluieren und die Informationen im Rahmen der Steuerungsrunde auf Senatebene zusammenzuführen. Der kleinere Umfang einer solchen Steuerungsrunde, im Vergleich zu „großen“ Netzwerkrunden, ermöglicht

ein effizienteres Arbeiten, direktere Kommunikation und die Verringerung negativer Synergie- und Reibungsverluste, wie sie in größeren Arbeitsgruppen vorkommen können.

- **Allen bezirklichen Suchthilfekoordinationen wird der Einsatz temporärer Schwerpunktrunden empfohlen** um die Effizienz und Effektivität auf der operativen Ebene in einem speziellen Quartier/ Sozialraum zu erhalten. Am Beispiel der Netzwerkgruppe Osloer Str. in Mitte konnte gezeigt werden, dass kleinere, auf einen begrenzten Raum oder eine konkrete Problemlage bezogene Formate eher zu zeitnahen Lösungen (der definierten Problemlage) führen als große, unübersichtliche und wenig flexible Netzwerkrunden.
- Auf strategischer Ebene wird für alle Netzwerkformate empfohlen, die **Ziele und Aufgaben des Netzwerks realistisch und konkret zu formulieren**. Für die Überprüfung der Ziele müssen Meilensteine gesetzt werden. Die **Schnittstellen** zwischen verschiedenen Behörden und freien Trägern müssen identifiziert sowie Aufgaben und Abgrenzungen von Arbeitsbereichen klar formuliert werden. Quantitative Kapazitäten und qualitative Ressourcen der einzelnen Abteilungen sind zu überprüfen und Zuständigkeiten festzulegen um die anfallenden Prozesse effizient und effektiv zu bearbeiten. Darüber hinaus ist eine **professionelle Moderation** auszuwählen, um eine schrittweise Dokumentation der Prozesse zu sichern und einen **Steuerungs- und Evaluationsprozess** zu ermöglichen, der die Netzwerke regelmäßig hinsichtlich notwendiger und zweckmäßiger Größe, Teilnehmer*innen und Dauer der Zusammenarbeit überprüft. Der Evaluationsprozess sollte auf Senatsebene (SenGPG) durch eine Rückkoppelung und Überprüfung der Arbeitsprozesse zwischen bezirklichen Suchthilfekoordinationen und Senat stattfinden.

Öffentlichkeitsarbeit

- Die SenGPG und die bezirklichen Suchthilfekoordinationen sind aufgefordert, **regelmäßige Informationen** über Interventionsstrategien, bereits umgesetzte und geplante Maßnahmen, Ansprechpartner*innen und entsprechende Senats- und Bezirksabteilungen zu **veröffentlichen**.
- Die SenGPG und die bezirklichen Suchthilfekoordinationen leisten einen wesentlichen Beitrag sowohl zur **Sensibilisierung der Bevölkerung als auch zur Versachlichung** durch Verbreitung von Daten und Sachinformationen zum Drogenkonsum in Berlin und den tatsächlichen Herausforderungen der prekären Lebens- und Wohnverhältnissen drogengebrauchender Menschen.
- **Die SenGPG und die bezirklichen Suchthilfekoordinationen sollten eine stadtweite Kommunikationsstrategie in mehreren Sprachen entwickeln**, um die Informationen über die Angebote des Suchthilfesystems in Berlin zu verbreiten (beispielhaft dafür sind der Flyer „Szenetipps“ und Safer-Use-Broschüren des Fixpunkt e.V., die auf einen Blick über die Angebote der Drogenhilfe-Träger in Berlin und über hygienischen Konsum informieren).
- „Die Ergebnisse des NUDRA-Netzwerks und Aktivitäten der Netzwerk-Akteure werden auf der Website www.nudra.de veröffentlicht“.

Vor-Ort tätigen und zuständigen Einrichtungen (der Suchthilfe)

Die verschiedenen Ansätze der Öffentlichkeitsarbeit vor Ort können je nach Situation bzw. Zielgruppe angewendet werden:

- Auf eine kollektive **Sammelanfrage** infolge einer Drogenkonsumbedingten Situation (z.B. von Eltern einer Schule) sollte immer eine Überprüfung der Verhältnisse vor Ort durch die Suchthilfeoordination veranlasst werden und durch die bezirkliche Straßensozialarbeit erfolgen. Neben der Herstellung des Kontaktes, kann die Organisation einer **Informations-, Sensibilisierungs- oder Austauschveranstaltung** über mögliche Interventionen folgen.

In dem Fall, dass Meldungen herumliegende Konsumrückstände, insbesondere Spritzen mit offenen Nadeln, betreffen, kann durch **Multiplikator*innenschulungen** der Träger der Suchthilfe wichtiges Wissen über sichere Entsorgung und Gesundheitsschutz an Anwohner*innen und Mitarbeiter*innen, beispielweise von Kitas, ehrenamtlichen Gartenbauprojekten, Kirchengemeinden, Friedhofsverwaltungen und ähnlichen Betroffenenengruppen, weitergegeben werden.

- Initiatoren von Veranstaltungen, die im Zusammenhang mit **bezirklichen Beteiligungsverfahren** stehen, sollten bei Vorliegen von Raumnutzungskonflikten einen Tagesordnungspunkt für den Austausch von Informationen über den Drogenkonsum im öffentlichen Raum und die Lebensbedingungen von drogengebrauchenden Menschen reservieren. Daraus folgende Prozesse sollten während der gesamten Dauer von fachlichen Kompetenzen der Suchthilfe Träger begleitet werden.

Übersicht NUDRA II

Zur Bearbeitung o.g. Punkte ist das Folgeprojekt NUDRA II initiiert worden. Es soll auch ein ad-hoc-Tool für das Monitoring entwickelt werden. Für das Jahr 2020 sollen Daten gesammelt und verarbeitet werden.

Die in den Fallstudiengebieten geleistete Arbeit und die Verstetigung einiger Quartiersmanagementgebiete werden zudem zu neuen Arbeitsformen der Interventionsgruppe führen, die im Folgeprojekt erprobt und angewendet werden können. Die folgende Grafik stellt je Handlungsfeld die aus den Ergebnissen des Projektes NUDRA identifizierten Arbeitsschwerpunkte für das Folgeprojekt NUDRA II dar.

Monitoring

Meldesystem	Vervollständigung des Monitorings für das Jahr 2020 und Analyse der erfassten Daten
	Erprobung eines geeigneten zentralisierten Meldesystems ab 2021

Intervention

Raumnutzungskonflikte und Konfliktmoderation	Fortführung des Verfahrens zur Konfliktmoderation: Kontaktaufnahme vor Ort und Teilnahme an Netzwerken
--	--

Netzwerkarbeit

	Evaluation der Netzwerkarbeit
	Übertragung, d.h. Unterstützung beim Auf-/ Ausbau von Netzwerken in anderen Quartieren bzw. belasteten Gebieten

Öffentlichkeitsarbeit

	Darstellung von Infomaterialien auf der Projektwebsite
	Erstellung von Infomaterial zu Umgang mit Drogengebrauch im öffentlichen Raum. Wie zum Beispiel zu Meldungen von Konsumutensilienfunden; sichere Entsorgung von Konsumutensilien; Umgang mit drogenkonsumierenden und/ oder obdachlosen Menschen

Literaturverzeichnis

Heine, H. (2019) Im Rausch durch die Nacht: Berlin hat den Kampf gegen die Drogen verloren in: Der Tagesspiegel, 22.06.2019, online verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/im-rausch-durch-die-nacht-berlin-hat-den-kampf-gegen-die-drogen-verloren/24478152.html>; letzter Zugriff: 31.08.2020

Klaus, L., Jamin D., Dichtl A. (2019) Zum Umgang mit Drogenszenen im öffentlichen Raum, in: akzept e.V. Bundesverband und Deutsche AIDS-Hilfe (Hrsg.): 6. Alternativer Drogen- und Suchtbericht 2019, Lengerich: Pabst Science Publisher: S. 25 – 31.

Lehner-Oberndorfer, I. (2019) Sicher gemeinsam, Herausforderungen im öffentlichen Raum in Wien, DBDD Tagung 2019

Werner, B. (2018) Freizügigkeit in der EU führt nicht zu Wohlfahrtsmigration, in: WSI Hans-Böckler-Stiftung Blog, online verfügbar unter: <https://www.wsi.de/de/blog-17857-17866.htm>; letzter Zugriff: 31.08.2020

Wildner, K./Berger, H.M. (2018) Das Prinzip des öffentlichen Raums, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/stadt-und-gesellschaft/216873/prinzip-des-oeffentlichen-raums?p=all>; letzter Zugriff: 31.08.2020

Impressum

Herausgeber

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Referat Soziale Stadt, Stadtumbau, Zukunftsinitiative Stadtteil
Württembergische Straße 6
10707 Berlin
www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/quartiersmanagement/index.shtml

Beauftragung, Fachaussicht

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung
Landessuchtbeauftragte
Oranienstraße 106
10969 Berlin
www.berlin.de/lb/drogen-sucht

Inhalte, Bearbeitung, Redaktion und Layout

Fixpunkt gGmbH, Projekt NUDRA
Kottbusser Damm 79
10967 Berlin
www.fixpunktggmbh.org
www.nudra.de

Autor*innen

Anne-Katrin Riebe (Projektleitung)
Dennis Andrzejewski, Francesca Guarascio, Aaron Mayer-Béjanin

Titelbild: NUDRA Fixpunkt gGmbH, 2019

Berlin, August 2020

Das Projekt NUDRA (Netzwerk zum Umgang mit Drogen- und Alkoholkonsum und den Begleiterscheinungen im öffentlichen Raum) setzt auf die Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur frühzeitigen Erkennung und Verminderung von Konfliktpotentialen im Umgang mit Drogen- und Alkoholkonsum im öffentlichen Raum. Dadurch wirkt das Projekt an der Zielerreichung mit, Diversität im öffentlichen Raum als Potenzial für die Verwirklichung der Voraussetzungen für eine lebenswerte Stadt anzuerkennen. Diesem Ziel folgend, wurde interdisziplinär gearbeitet, um Bezirksverwaltungen mit Hauptverwaltungen und Zivilgesellschaft zu vernetzen, das Ausmaß des Drogenkonsums wahrzunehmen und in Kartierungen zu erfassen, Probleme und Handlungsbedarfe zu identifizieren. Gleichzeitig wurde im Rahmen der aufsuchenden Drogenhilfe sozialarbeiterisch interveniert und aus der Praxis heraus zur Minimierung der Diskriminierung von alkohol- und drogengebrauchenden Menschen beigetragen.

Die vorliegende Kurzversion des Abschlussberichtes dient der Präsentation der Ergebnisse und der in Kooperation mit der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung (Landessuchtbeauftragte), der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und den Suchthilfekoordinatoren der vier innerstädtischen beteiligten Bezirke formulierten Handlungsempfehlungen.

